

ANHANG ZUR PRESSEMITTEILUNG

Gemeinsame Stellungnahme des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) zum Entwurf des Berufsbildungsberichts 2023

12/2023
10.05.2023

Wir danken allen Beteiligten im Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie im Bundesinstitut für Berufsbildung für den umfassenden und informativen Berufsbildungsbericht 2023.

Das System der beruflichen Bildung in Deutschland sorgt für viele junge Menschen nach dem Schulabschluss für einen Einstieg in das Erwerbsleben und sichert den Betrieben qualifizierte Fachkräfte. Die sozialpartnerschaftliche Ausgestaltung schafft einen guten und flexiblen Rahmen durch Mindeststandards, bundesweite Vergleichbarkeit und technologieoffene Formulierungen und ist in der Lage, Veränderungen in der Berufspraxis schnell aufzugreifen. Die Berufsausbildung ist eine wichtige Grundlage für stabile Beschäftigung und attraktive Karrierewege. Die Bänke sind überzeugt, dass das System der Berufsbildung handlungs- und zukunftsfähig ist und einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung der Herausforderungen – demografischer Wandel, Dekarbonisierung, Digitalisierung – leistet und weiterhin leisten wird.

Verschiedene krisenhafte Entwicklungen haben in den vergangenen Jahren auf den Ausbildungsmarkt gewirkt oder wirken immer noch auf ihn ein. Hier sind insbesondere die Auswirkungen der Coronapandemie und aktuell der russische Angriffskrieg in der Ukraine mit den Folgen gestörter Lieferketten, steigender Energiepreise, Beschleunigung der Energiewende und massiver Fluchtbewegungen zu nennen. Auf dem Ausbildungsmarkt ist es trotz steigender Stellenangebote bei sinkender Nachfrage noch nicht gelungen, zum Vorkrisenniveau zurückzukehren. Mit Blick auf die Berufsbildung insgesamt muss es das Ziel sein, die Folgen der aktuellen Krisen zügig zu überwinden und gestärkt aus der Situation hervorzugehen. Deshalb sprechen sich die drei Bänke im BIBB-Hauptausschuss dafür aus, wirkungsvolle Maßnahmen zu ergreifen, um alle Potenziale zu heben. Die Besetzung offener Ausbildungsplätze und die Versorgung von Bewerberinnen und Bewerbern schließen einander nicht aus, sondern sind zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Ein wichtiger Schritt, um dieses Ziel zu erreichen, ist eine frühzeitige, durchgängige und praxisorientierte berufliche Orientierung in allen allgemeinbildenden Schulen, insbesondere auch an den Gymnasien. Beim Übergang zwischen Schule und Beruf muss die Zahl der unbekannt Verbliebenen gesenkt werden. Ein funktionierender

Datenaustausch zwischen den Schulen und den Agenturen für Arbeit sowie den Jobcentern schafft die Grundlage für eine gezielte und individuelle Unterstützung. In diesem Zusammenhang versprechen die Jugendberufsagenturen als rechtskreisübergreifende Zusammenschlüsse der beteiligten Verwaltungseinheiten viele Vorteile. Noch immer verlassen zu viele junge Menschen die Schule ohne Abschluss, was den Einstieg in Ausbildung erschwert. Sie laufen Gefahr, den Anschluss zu verlieren und in Langzeitarbeitslosigkeit abzurutschen. Auch hier ist eine wirkungsvollere individuelle Unterstützung in der Schule und beim Übergang in Ausbildung notwendig.

Im Berufsbildungsbericht 2022 weisen die drei Bänke im BIBB-Hauptausschuss darauf hin, dass die Auswirkungen der Coronapandemie noch nicht abschließend bewertet werden können. Da nun weitere statistische Angaben vorliegen, ist der Zeitpunkt gekommen, dies nachzuholen. In einem gemeinsamen Prozess mit den Bänken ist zu analysieren und festzuhalten, was in der Krisensituation gut oder was weniger gut gelaufen ist. Aus den Ergebnissen lassen sich wichtige Schlüsse für eventuelle neue Krisensituationen ableiten.

Die Vertreterinnen und Vertreter von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Ländern schließen ihre gemeinsame Stellungnahme zum Berufsbildungsbericht 2023 mit einem Dank an alle, die sich für die Berufsbildung einsetzen – insbesondere als Ausbilder/Ausbilderin im Unternehmen, als Lehrkraft in einer berufsbildenden Schule, als Dozent/Dozentin in einer Bildungseinrichtung, als ehrenamtliche Mitglieder in einem Prüfungs- oder Berufsbildungsausschuss und als ehrenamtliche Sachverständige in der Ordnungsarbeit. Ohne ihr Engagement wäre Berufsbildung in der heutigen Form und Qualität nicht denkbar.

Ergänzende Stellungnahme der Gruppe der Beauftragten der Arbeitgeber

Die Beauftragten der Arbeitgeber im BIBB-Hauptausschuss danken dem Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie dem Bundesinstitut für Berufsbildung für den aufschlussreichen Berufsbildungsbericht.

Nach der Hochphase der Coronapandemie schien sich das international angelegte Wirtschaftsgefüge zu stabilisieren. Die Unternehmen in Deutschland hatten damit begonnen, die außergewöhnlich hohen Auftragsbestände abzuarbeiten. Doch dann startete Russland seinen Angriffskrieg auf die Ukraine. Die Folgen waren zum Beispiel Wegbrechen von Absatzmärkten, Störung internationaler Lieferketten, Sorge um die Stabilität der Energieversorgung, stark anziehende Preise sowie ein Forcieren der Energiewende. Die Berufsausbildung, die ihrerseits von der Wirtschaftsaktivität der Betriebe abhängig ist und in erster Linie der Deckung des zukünftigen Fachkräftebedarfs in den Unternehmen dient, wurde ebenfalls negativ beeinflusst. Vor diesem Hintergrund ist es ein großer Erfolg, dass in dem aktuell ausgesprochen herausfordernden Umfeld die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im zweiten Jahr in Folge gestiegen ist.

Infolge der Finanzkrise 2008/2009 und der demographischen Entwicklung ging die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge nicht nur vorübergehend zurück. Nach leichter Erholung hat die Coronapandemie eine weitere Verunsicherung bei den Betrieben und den potenziellen Bewerberinnen und Bewerbern bewirkt. Gleichwohl können die Ausbildungszahlen aus der Zeit vor Corona wieder erreicht werden, wenn es gelingt, die jungen Menschen zielgerichteter zu orientieren und zu motivieren, eine duale Ausbildung zu beginnen. Das betriebliche Ausbildungsangebot ist bereits deutlich gestiegen. Ein Großteil der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Ausbildungsplätze ist auch für Bewerberinnen und Bewerber mit Hauptschulabschluss erreichbar. Eine zu hohe Zahl an Ausbildungsplätzen bleibt jedoch unbesetzt, insbesondere weil die Nachfrage kontinuierlich sinkt, bei gleichzeitig hohen Abbrecherquoten im hochschulischen Bereich. Sämtliche Varianten der Angebots-Nachfrage-Relation weisen Werte von über 100 auf. Das heißt, es gibt mehr angebotene Ausbildungsplätze als Bewerberinnen und Bewerber. Hier besteht die große Gefahr einer Wachstumsbremse aufgrund fehlender Fach- und Arbeitskräfte. Gleiches gilt für die aktuellen Herausforderungen der Transformation und der Klimawende. Angesichts des Angebotsüberhangs an Ausbildungsplätzen und der Herausforderung für Unternehmen, potenzielle Nachwuchskräfte zu gewinnen, wäre eine Ausweitung außerbetrieblicher Ausbildung völlig kontraproduktiv.

Als Folge des großen, die Nachfrage übersteigenden Angebots an Ausbildungsplätzen treten die ausbildungsinteressierten Unternehmen und Branchen verstärkt in Konkurrenz zueinander. Kleine Unternehmen, die in der Regel nicht von der Strahlkraft einer Marke und einem hohen Bekanntheitsgrad in der Öffentlichkeit profitieren, haben natürliche Wettbewerbsnachteile. Sie können ihre offenen Ausbildungsplätze oftmals nicht besetzen und neigen dazu, ihr Ausbildungsangebot zurückzufahren. Somit läuft die

Ausbildungsbetriebsquote leicht zurück. Gleichwohl bilden weiterhin rund 60 Prozent der dazu berechtigten Unternehmen kontinuierlich aus; mit Unterbrechungen, aber regelmäßig, bilden zwei Drittel der berechtigten Unternehmen aus (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung).

Bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen kommt es mehr denn je darauf an, dass viele Nachwuchskräfte die Ausbildung erfolgreich abschließen. Die Vertragslösungsquote liegt leicht über dem Schwankungsbereich der letzten Jahre. Ein Grund dürfte das Marktverhältnis sein, das gute Chancen verspricht, eine gelöste Ausbildung in einem anderen Unternehmen und/oder einem anderen Beruf fortzusetzen. Ein zweiter, entscheidender Wert für den Übergang von Ausbildung in Arbeit ist die Bestehensquote in der Abschlussprüfung. Diese ist in den letzten Jahren weitgehend stabil auf hohem Niveau. Angesichts der Fachkräfteengpässe in vielen Berufen und Regionen sind Ausbildungsunternehmen bemüht, ihre Absolventinnen und Absolventen langfristig zu binden. Dementsprechend ist die Übernahmequote nach Abschluss der Ausbildung gestiegen und erreichte die Vor-Corona-Werte. Die Nachvermittlung ab dem 30. September wurde erneut zur offenen Stellenbesetzung genutzt, auch wenn die Chance, Auszubildende zu finden, geringer als im Vorjahr war, denn es wurden für das „fünfte Quartal“ insgesamt wieder mehr Ausbildungsplätze als Bewerberinnen und Bewerber registriert. Rechnerisch entfielen 134,4 Stellen auf 100 Personen (Vorjahr: 117,9). Kontinuierliche Weiterbildung dient dazu, das Fach-Know-how aktuell zu halten, das Wissen und Können auszubauen oder den beruflichen Aufstieg vorzubereiten. Sowohl die Investitionen in berufliche als auch die in betriebliche Weiterbildung bewegen sich auf hohem Niveau. Die Wirtschaft investiert pro Jahr rund 40 Mrd. Euro in die Weiterbildung der Beschäftigten, hinzu kommen rund 27 Mrd. Euro Investitionen in die betriebliche Ausbildung des Nachwuchses.

Die anhaltenden und sich beschleunigenden Verschiebungen hin zum Bewerbermarkt stellen Unternehmen als Anbieter von Ausbildung vor große Herausforderungen. Es gilt, alle Potenziale zu identifizieren und zu heben. Aufgrund der heterogener werdenden Bildungswege ist es bildungspolitisch wichtig, genauere Daten über das Übergangsverhalten und die Bildungsetappen der jungen Menschen zu gewinnen, hierbei ist auch der Nachvermittlungszeitraum näher zu beleuchten. Mit einem Bildungsverlaufsregister ließe sich objektiv ermitteln, welche Wege eher zum Erfolg führen und entsprechend handeln. Die Unternehmen reagieren – zum Beispiel mit der weiteren Öffnung von Ausbildungsangeboten auch für Bewerberinnen und Bewerber mit schwierigen schulischen Voraussetzungen. Weitere Schritte müssen folgen. Dazu zählt eine möglichst früh ansetzende, kontinuierliche und flächendeckende berufliche Orientierung in allen Schulformen. Schülerinnen und Schüler sowie das die Jugendlichen beratende Umfeld – vor allem Eltern und Lehr- sowie Beratungsfachkräfte – sind über die Ausbildungs- und Zukunftsperspektiven zu informieren. Insbesondere die Gymnasien müssen viel stärker als bisher auch über die Entwicklungs- und Karrierechancen im Rahmen der beruflichen Bildung informieren. Im Übergang Schule/Beruf ist ein engmaschiges Controlling einzuführen, um die Zahl der „Unbekannt Verbliebenen“ zu

senken. Zudem muss das Matching auf dem Ausbildungsmarkt als passgenaues Zusammenführen von Angebot und Nachfrage weiter optimiert werden. In diesem Zusammenhang sind Alternativen zum Wunschberuf einzubeziehen und die regionale Mobilität zu erweitern. Sofern Bewerberinnen und Bewerber Defizite – wie beispielsweise fehlende Grundfertigkeiten in Lesen, Schreiben und/oder Rechnen – aufweisen, die die Aufnahme einer Berufsausbildung erschweren, sind diese möglichst individuell im Vorfeld eines Ausbildungsstarts abzubauen. Kleinere Unternehmen sind zu ermutigen, ihr Ausbildungsplatzangebot weiter sichtbar zu machen und vorhandene Unterstützungsangebote zu nutzen, die stärker in ihre Richtung kommuniziert werden müssen und deren individuellen Bedürfnissen Rechnung tragen.

Ergänzende Stellungnahme der Gruppe der Beauftragten der Arbeitnehmer

Die Dynamik der Erholung auf dem Ausbildungsmarkt nach Corona hat sich wieder abgeschwächt. Rein rechnerisch würde es noch 13 Jahre dauern, bis die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge wieder das Vor-Corona-Niveau erreicht. Auch eine Reihe von weiteren Indikatoren bieten keine Anzeichen einer echten Trendwende, die so dringend notwendig wäre, um jungen Menschen den Start ins Erwerbsleben zu ebnen.

Die rechnerisch verbesserte Relation zwischen Ausbildungsstellen und Ausbildungsbewerberinnen und -bewerbern geht fast vollständig auf die erneut gesunkene Zahl der Bewerberinnen und Bewerber zurück. Dieses darf aber nicht mit mangelndem Interesse an Ausbildungsstellen gleichgesetzt werden. Vielmehr scheinen Stellenangebote und Angebote der Berufsorientierung in zunehmendem Maße nicht die jungen Menschen zu erreichen. Bereits jetzt muss davon ausgegangen werden, dass während der Coronazeit eine erhebliche Zahl von Schulabgängerinnen und -abgängern unbemerkt aus dem (Aus-)Bildungssystem herausgefallen ist.

Trotz dieser verbesserten Angebots-Nachfrage-Relation münden weiterhin nur zwei Drittel der Ausbildungsinteressierten am Ende tatsächlich in eine Ausbildung ein. Die Vermittlungsquote in reguläre betriebliche Ausbildung der Agenturen für Arbeit liegt seit Jahren bei weniger als 50 Prozent. Es gibt immer noch zu viele, die bei der Suche nach einer Ausbildung scheitern.

Aus unserer Sicht hat sich die Marktlage nicht für alle Jugendlichen verbessert. Wir sehen, dass vor allem im ländlichen Raum Stellen unbesetzt bleiben und in Ballungsräumen und Großstädten das Angebot weit hinter der Nachfrage zurückbleibt. Gleichzeitig können offene Stellen auch ein Zeichen dafür sein, dass die Angebote nicht da ankommen, wo sie ankommen müssen und zum Teil auch Bewerberinnen und Bewerber von den Betrieben als "ungeeignet" eingestuft werden. Die Nachfrage sinkt – was aber nur die erfasste Nachfrage ist.

Dramatisch ist der Anstieg von jungen Menschen zwischen 20 und 34 Jahren ohne Berufsabschluss um 2,3 Prozentpunkte. Erstmals liegt deren Zahl damit bei deutlich über 2,5 Millionen. Dieser Anstieg ist eine direkte Folge der Ausbildungslosigkeit in den vergangenen Jahren und eines unzureichenden Unterstützungsangebots beim Übergang zwischen Schule und Beruf. Gerade während der Coronajahre ist diese Zahl noch einmal stärker gewachsen und gibt damit einen Hinweis auf fehlende Unterstützung in dieser Zeit.

Erneut ist auch die Zahl der ausbildenden Betriebe weiter gesunken auf nur noch 19,1 Prozent. Dieser Prozess vollzieht sich bereits seit vielen Jahren, ohne dass ein Stopp oder eine Umkehr dieser Entwicklung erkennbar wären. Die Ausbildung künftiger Fachkräfte für die Betriebe liegt damit in den Händen immer weniger Betriebe und somit auf einer zunehmend schmalen Basis.

Die gestiegene Vertragslösungsquote und die gesunkene Prüfungserfolgsquote erfordern eine besondere Aufmerksamkeit der für das System der Berufsbildung Verantwortlichen. Beide Indikatoren müssen insbesondere vor dem Hintergrund der Veränderungen in der Coronazeit analysiert werden. Es muss alles getan werden, um eine langfristige negative Entwicklung zu verhindern. Sowohl die Lösung von Ausbildungsverträgen als auch das Verfehlen des Ausbildungsziels sind mit Blick auf die Verfügbarkeit von Fachkräften problematisch.

Ohne entschlossene Maßnahmen drohen sich diese Entwicklungen weiter zu verschärfen und letztlich die Herausforderungen der Transformation und den Einsatz für mehr Chancengleichheit im Bildungssystem zu konterkarieren. Alle Maßnahmen von Bund und Ländern müssen sich künftig stärker daran messen lassen, inwiefern sie zur Lösung dieser Probleme beitragen.

Vor diesem Hintergrund muss der Übergang zwischen Schule und Beruf zu einem systematischen Übergangmanagement weiterentwickelt werden. Frühe, praxisnahe Berufsorientierung an allen Schulformen muss jungen Menschen einen umfassenden Einblick in die Arbeitswelt bieten. Ein solches System muss aber auch eine effektive Begleitung und mehr individuelle Unterstützung nach der Schule leisten. Zentral sind dafür mehr und besser ausgestattete Jugendberufsagenturen, die diesem Auftrag tatsächlich gerecht werden können.

Berufsausbildung muss für junge Menschen wieder stärker als attraktive berufliche Perspektive gesehen werden. Dafür müssen Berufe gute Einkommens- und Entwicklungsperspektiven bieten, damit berufliche Facharbeit nachhaltig aufgewertet wird.

Daneben brauchen junge Menschen durch eine Ausbildungsgarantie das Versprechen, eine Ausbildung aufnehmen zu können und eine Chance auf einen vollqualifizierenden Ausbildungsabschluss zu erhalten. Wem dies nicht durch den unmittelbaren Sprung in eine betriebliche Ausbildung gelingt, soll nicht durch jahrelange Warteschleifen entmutigt werden. Stattdessen muss ein Angebot auf eine außerbetriebliche Ausbildung diese jungen Menschen auffangen und – wenn eine Vermittlung in betriebliche Ausbildung scheitert – ihnen die Möglichkeit auf einen Berufsabschluss eröffnen. Die bestehenden Maßnahmen im Übergangsbereich bieten diese Chance gerade nicht. Begleitet werden muss diese Ausbildungsgarantie von einem umlagefinanzierten Zukunftsfonds, um alle Betriebe an den Kosten der Ausbildung von Fachkräften zu beteiligen und diejenigen zu unterstützen, die ausbilden. Die Umsetzung der im Koalitionsvertrag verankerten Ausbildungsgarantie steht aber nach wie vor aus.

Zur Attraktivität und Zukunftsfähigkeit der Berufsbildung sind massive Investitionen in die Berufsschulen notwendig. Dabei muss die bauliche und technische Ausstattung in den Blick genommen und die Versorgung mit Lehrkräften sowie deren Fortbildung gesichert

werden. Auch der Pakt für berufliche Schulen, der ebenfalls im Koalitionsvertrag angekündigt ist, muss dafür endlich schnell auf den Weg gebracht werden.

Zur Sicherung von Fachkräften in den Sozial- und Erziehungsberufen bedarf es noch erheblicher Anstrengungen, um den weiter steigenden Bedarf zu decken. Der Berufsbildungsbericht sollte deshalb zukünftig ein größeres Gewicht auf die Berichterstattung zu diesen Ausbildungsberufen legen.

Mit der Ausbildungsoffensive Pflege haben mehr Schulabgängerinnen und -abgänger eine Ausbildung zur Pflegefachkraft begonnen. Jedoch sind die Steigerungen in den Ländern sehr unterschiedlich, so dass noch nicht von einer deutlichen Steigerung gesprochen werden kann. Das ursprüngliche Gesamtkonzept Gesundheitsfachberufe wurde leider nicht umgesetzt. Somit werden wieder einzelne Gesetze reformiert und erlassen, die auch unterschiedliche Qualitäten aufweisen. Dinge wie Ausbildungsvergütung, Schulgeldfreiheit, Qualität und Dauer der Ausbildung wurden wieder unterschiedlich geregelt, obwohl Einheitlichkeit in diesen Fragen wesentlich zur Attraktivität beitragen würde.

Praxisintegrierte und vergütete Ausbildungsformate in den Berufen der Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern sind ein gangbarer Weg, um die Ausbildung attraktiver zu machen und müssen weiter ausgebaut werden. Allerdings darf die Ausbildung in den Einrichtungen nicht dazu führen, dass die Fachschülerinnen und -schüler auf den Fachkräfteschlüssel angerechnet und entsprechend eingesetzt werden.

Ergänzende Stellungnahme der Gruppe der Beauftragten der Länder

Die Beauftragten der Länder im Hauptausschuss des BIBB danken den zuständigen Ressorts sowie dem BIBB für die Erstellung des umfassenden Berichts.

Der aktuell vorgelegte Berufsbildungsbericht macht aus Sicht der Länder deutlich, dass das Berufsbildungssystem in Deutschland nach wie vor unter hohen Belastungen steht. Hier zu nennen sind zum einen die nach wie vor zu bewältigenden Auswirkungen aus der Coronapandemie, aber auch die Folgen, die sich aus dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine ergeben. Zugleich steht Deutschland vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, der Dekarbonisierung und der Digitalisierung vor einem tiefgreifenden strukturellen Wandel. Ein weiterer Rückgang der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung sowie einer zwar verbesserten, aber zum Teil immer noch nicht auskömmlichen Angebots-Nachfrage-Relation bei den zur Verfügung stehenden Ausbildungsplätzen stellt alle Akteure der beruflichen Bildung vor neue Herausforderungen.

Eine Berufsausbildung stellt aus Sicht der Länder eine wesentliche Voraussetzung für die Teilhabe am Leben in unserer Gesellschaft dar. Aus unserer Sicht muss daher weiterhin ein besonderes Augenmerk auf die Gruppe der unbekannt verbliebenen Bewerberinnen und Bewerber gerichtet werden. Wie bereits auch schon in früheren Berufsbildungsberichten dargestellt, gibt es hier höhere Anteile von Personen mit maximal Hauptschulabschluss und von Personen mit Migrationshintergrund als in der Gruppe derer, bei der die Einmündungs- oder weiteren Bildungswege bekannt sind. Auffällig ist auch der hohe Anteil an Altbewerberinnen und Altbewerbern unter den unbekannt Verbliebenen. Dies zeigt, dass diesen jungen Menschen offenbar wiederholt der Übergang in Ausbildung beziehungsweise der Abschluss einer Ausbildung nicht gelungen ist. Ein ausreichendes Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen und funktionierendes Übergangmanagement bedingen einander.

Herausforderungen bei der Passung von Angebot und Nachfrage sind differenziert zu beleuchten und auf berufsbildungspolitischer Ebene durch unterschiedlich akzentuierte Instrumente und Maßnahmen unter Berücksichtigung regionaler Disparitäten zu adressieren. Kontakte zu Betrieben (zum Beispiel im Rahmen der Einstiegsqualifizierung, durch andere Praktika oder durch Probearbeiten) tragen entscheidend zu einem gelingenden Übergang in betriebliche Ausbildung bei. Dies gilt insbesondere für junge Menschen mit Migrations-/Fluchthintergrund sowie Jugendliche mit formal niedrigen Bildungsabschlüssen. Ebenfalls wirken sich Beratung und Begleitung der jungen Menschen durch Strukturen der rechtskreisübergreifenden Zusammenarbeit positiv aus. Neben den vielfältigen Maßnahmen der einzelnen Bundesländer ist hierbei auch auf die positiven Auswirkungen der Initiative Bildungsketten hinzuweisen, die Einzelmaßnahmen der Berufsorientierung mit Mitteln des Bundes unterstützt und mit den Aktivitäten der Länder verzahnt.

Bereits zum letzten Berufsbildungsbericht wurde im Rahmen der gemeinsamen Stellungnahme darauf hingewiesen, dass zeitnah mit dem Abklingen der unmittelbaren Auswirkungen der Coronapandemie auf unsere Gesellschaft unter Einbeziehung aller Bänke eine umfassende Auswertung erfolgen muss, was in der Pandemiephase gut und weniger gut gelaufen ist. Ein solcher Arbeitsprozess ist nun seitens des Bundes anzugehen. Dabei sollte auch geklärt werden, wie diese Lehren auf die Bewältigung aktueller und kommender Krisen übertragen werden können.

Weiterhin gilt es, die jungen Menschen zu motivieren und zu überzeugen, dass eine duale Berufsausbildung nach wie vor Zukunft hat und gute und attraktive Beschäftigungsperspektiven bietet, um ausreichend Bewerberinnen und Bewerber für die angebotenen Ausbildungsplätze zu gewinnen. Es bestehen deutliche regionale und berufsspezifische Unterschiede hinsichtlich der Regionen mit Versorgungs- und Besetzungsproblemen. Es bedarf hier der Bemühungen aller an der Ausbildung beteiligter Partner, um die duale Berufsausbildung so zu gestalten, umzusetzen und zu kommunizieren, dass sie auf das Interesse und das Vertrauen der jungen Menschen und ihrer Eltern trifft.

Das besondere Engagement der Akteure sowie flankierende Hilfen des Bundes und der Länder zur Sicherung der Berufsausbildung sind weiter notwendig. Die Länder danken allen Betrieben und an der Umsetzung der dualen Ausbildung Beteiligten für ihr Engagement und die gemeinsame Anstrengung zur Aufrechterhaltung des Ausbildungsgeschehens.